

18. Wahlperiode

## **Antrag**

der Fraktion der FDP

### **Eine Landeszentrale für digitale Bildung errichten**

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Der Senat wird aufgefordert, die organisatorischen, personellen, rechtlichen und technischen Voraussetzungen für die Errichtung einer Landeszentrale für digitale Bildung zu legen und deren Gründung noch vor dem 30. Juni 2021 zu ermöglichen.

Dem Senat ist über den Zwischenstand diesbezüglicher Vorbereitungsarbeiten zum 31. Oktober 2020 zu berichten.

### ***Begründung***

Das Internet ist zwar schon 30 Jahre alt, dennoch fehlt es nicht wenigen Berliner Bürgerinnen und Bürgern an hinreichenden Fähigkeiten, Fertigkeiten und Kompetenzen für den Umgang mit diesem. Gleiches gilt für den Umgang mit der digitalen Welt in Gänze. Denn diese beschränkt sich nicht auf das Internet. Smart Home, autonomes Fahren und ganz allgemein die Datenverarbeitung – sei es durch Überwachungskameras im öffentlichen Raum oder für eine Vorauswahl von Bewerberinnen und Bewerbern in der Personalabteilung eines Unternehmens. Dies sind nur einige Beispiele, bei denen ein grundsätzliches Verständnis von der Funktionsweise des Digitalen vonnöten ist. Ganz im Sinne der kantischen Aufklärung brauchen wir daher heute eine digitale Aufklärung, damit Menschen ein Grundverständnis über die Technologien und deren Wirkungsweise haben, die sie benutzen. Sie benötigen ein solches Verständnis aber auch, damit sie die Vorhaben des Gesetzgebers und Neuerungen von Unternehmen besser verstehen und diese kritisch hinterfragen können – z.B. bei Maßnahmen zur weiteren Überwachung durch Gesichtserkennung oder die Vorratsdatenspeicherung. Dies ist in einer liberalen Demokratie unabdingbar.

Gut gebildete und aufgeklärte Bürgerinnen und Bürger sind ein Grundpfeiler der Demokratie. Eine hohe Qualität in den berufsbildenden und schulischen Bildungsbereichen oder auch im Bereich der Erwachsenenbildung mit einem jeweilig zeitgemäßen Bildungsangebot ist dafür unerlässlich. Die Digitalisierung schreitet allerdings mit einem immensen Tempo voran – lebenslanges Lernen muss und wird in den genannten Bereich zu einer Selbstverständlichkeit werden.

Bereits jetzt bezeichnen sich in Erhebungen 21 % der Befragten als “Digital Abseitsstehende” und sogar 42 % geben zu, dass sie lediglich mithalten. Es muss daher unser gesellschaftlicher

und wirtschaftlicher Anspruch sein, dass sich deutlich mehr Bürgerinnen und Bürger als “Digitale Vorreiter” sehen. Aktuell sind es nur 37 %<sup>1</sup>.

Zu verstehen, was Algorithmen sind und wie diese funktionieren ist unerlässlich. Nachvollziehen zu können, warum Datenschutz wichtig ist und wie man die eigene Cybersicherheit verbessern kann, ist heute mehr als essentiell. Ebenso zu verstehen, wie und wo Desinformationen verbreitet werden und warum verschlüsselte Kommunikation unsere Privatsphäre stärkt. Länder wie Schweden<sup>2</sup> und Finnland<sup>3</sup> machen es uns bereits vor und zeigen, wie man die gesamte Bevölkerung – eben auch jene, die längst aus dem klassischen Schulsystem ausgeschieden sind – kontinuierlich und lebenslang (weiter-)bilden kann. Gefahren und Risiken aus dem digitalen Raum kann zwar mit kluger Regulierung Einhalt geboten werden. Aber eine freie und demokratische Gesellschaft mit (digital) aufgeklärten Bürgerinnen und Bürger stärkt die Robustheit und die Resilienz gegen zahlreiche Missbrauchspotenziale.

Digital aufgeklärte Bürgerinnen und Bürger jeden Alters sind nicht nur essentiell für die Demokratie (So teilen Nutzerinnen und Nutzer sozialer Medien über 65 fast sieben Mal häufiger Falschmeldungen im Netz als Jüngere<sup>4</sup>). Sie sind auch wichtig für den Wirtschaftsstandort Berlin. Ein Einfallstor für Cyberangriffe sind häufig Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die unachtsam auf Links klicken oder Anhänge von E-Mails öffnen. Ebenso ist es für uns unabdingbar, dass Menschen verstehen, wozu Künstliche Intelligenz und Algorithmen in der Lage sind. Dabei soll nicht die bedingungslose Akzeptanz neuer Technologien im Vordergrund stehen, sondern das kritische Hinterfragen eben dieser.

Dies alles gilt auch für die private Nutzung digitaler Angebote und Geräte. Auch im Privaten ist Datenschutz, Cybersicherheit und Privatsphäre von enormer Bedeutung. Besonders zum Tragen kommt all dies, wenn Menschen von digitaler Gewalt betroffen sind, oder um sie davor zu bewahren bzw. schnelle Hilfe zu ermöglichen. Zu wissen, dass Softwareupdates Sicherheitslücken in Smart-Home-Geräten schließen können, die der oder die tech-affine Ex-Partner oder Ex-Partnerin für psychologischen Terror ausnutzen könnte (z.B. an- und ausschalten der vernetzten Lampe), oder zu wissen, dass es Apps gibt, die Ex-Partnerinnen oder Ex-Partner zum Ausspionieren installiert haben könnten, hilft, um sich geeignete Hilfe zu suchen und etwas gegen digitale Gewalt und Stalking zu unternehmen.

Die Fraktion der Freien Demokraten fordert daher eine Landeszentrale für digitale Bildung, die vergleichbar zum Auftrag der Landeszentrale für politische Bildung ein umfassendes Angebot zur außerschulischen Jugend- und Erwachsenenbildung bereitstellt und ebenso das schulische Angebot mit Materialien unterstützt.

Berlin, den 25. Februar 2020

Czaja, Schlömer, Fresdorf  
und die weiteren Mitglieder  
der Fraktion der FDP im Abgeordnetenhaus von Berlin

---

<sup>1</sup> [https://initiated21.de/app/uploads/2019/01/d21\\_index2018\\_2019.pdf](https://initiated21.de/app/uploads/2019/01/d21_index2018_2019.pdf)

<sup>2</sup> <https://www.thelocal.se/20180115/sweden-to-create-new-authority-tasked-with-countering-disinformation>

<sup>3</sup> <https://edition.cnn.com/interactive/2019/05/europe/finland-fake-news-intl/>

<sup>4</sup> <https://www.tagesschau.de/faktenfinder/falschnachrichten-netz-101.html>